ESSAY

„Wir kapitulieren!“

Von Henryk M. Broder

Vor zehn Jahren, im Frühjahr 1996, war die Welt noch weitgehend in Ordnung. Die Türme des World Trade Center dominierten die Skyline von Manhattan, der amerikanische Präsident hatte eine Affäre mit einer Praktikantin, in Deutschland neigte sich die Ära Kohl ihrem Ende zu, die Intellektuellen vertrieben sich die Zeit mit Debatten, ob Francis Fukuyama mit seiner Behauptung vom „Ende der Geschichte“ richtiglag und ob der Kapitalismus wirklich gesiegt oder der Sozialismus nur einen Probelauf verloren hatte. Auch die feinsinnige Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus war noch nicht im Schwange.

Man musste schon sehr genau hinschauen, um die ersten Anzeichen einer heraufkommenden Krise zu bemerken: In Berlin spielte die Theatergruppe Rote Grütze ein Aufklärungsstück mit dem Titel „Was heißt hier Liebe?“. Um auf das Stück aufmerksam zu machen, wurden an Schulen Plakate verteilt, auf denen ein junger Mann und eine junge Frau zu sehen waren, nackt und voller Unschuld.

Die Schulen hatten kein Problem damit, die Plakate aufzuhängen, bis eine Schulrätin aus dem Bezirk Tiergarten eine Genehmigung des Berliner Landesschulamts verlangte. Diese wurde verweigert. Das Plakat, entschied die Behörde, sei dazu angetan, „die Gefühle nicht christlicher Schüler“ zu verletzen. Das Landesschulamt handelte präventiv, aus überzogener Fürsorge gegenüber einer kulturellen Minderheit, die noch nicht in der permissiven Gesellschaft angekommen war. Weder hatten sich muslimische Schüler über eine Verletzung ihrer Gefühle beklagt noch deren Eltern über die unsittliche Anmache beschwert.

SAEED ALI ACHAKZAI / REUTERS

Antidänische Ausschreitungen (in Pakistan): *Ein Vorspiel*

Zehn Jahre später ist alles anders. Gleich geblieben ist allein die Entschlossenheit, die Gefühle der Muslime nicht zu verletzen. Nur dass es inzwischen nicht um Berliner Schüler mit „Migrationshintergrund“ geht, sondern um 1,3 Milliarden Muslime in aller Welt, die chronisch zum Beleidigtsein und unvorhersehbaren Reaktionen neigen. Es geht um Meinungsfreiheit, den Kern der Aufklärung und der Demokratie, und um die Frage, ob Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz die richtigen Mittel im Umgang mit Kulturen sind, die sich ihrerseits respektlos, rücksichtslos und intolerant gegenüber allem verhalten, was sie für dekadent, provokativ und minderwertig halten, von Frauen in kurzen Röcken bis hin zu Karikaturen, von denen sie sich provoziert fühlen, ohne sie gesehen zu haben.

Der Streit um die zwölf Mohammed-Karikaturen, die im September vergangenen Jahres in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ erschienen sind und zu einem weltweiten Aufruhr der Muslime geführt haben, war nur ein Vorspiel, eine Art Kostümprobe für Auseinandersetzungen, mit denen Europa in Zukunft rechnen muss, wenn es seine Appeasement-Politik nicht überdenkt. Wie schon in den dreißiger Jahren, als mit dem Münchener Abkommen die Tschechoslowakei dem Frieden zuliebe geopfert und der Krieg trotzdem nicht verhindert wurde, meinen die Europäer auch heute, durch Wohlverhalten, Konzessionen und vorauseilende Selbstaufgabe einen Gegner gnädig stimmen zu können, der den Tod mehr liebt als das Leben und deswegen unbesiegbar scheint. Das Beste, was die Europäer in diesem asymmetrischen Konflikt für sich herausholen können, ist eine Gnadenfrist, eine Schonzeit, die 10, 20 oder auch 50 Jahre dauern kann. Jeder zum Tode Verurteilte atmet auf, wenn seine Exekution auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Der Aufruhr über die Mohammed-Karikaturen war deswegen so symptomatisch, weil der Anlass so nichtig war. Die Zeichnungen selbst waren von einer erschütternden Harmlosigkeit.

Immerhin dauerte es zwei Wochen, bis sich „spontaner“ Protest artikulierte. Am 14. Oktober demonstrierten 3000 Muslime nach dem Freitagsgebet auf dem Rathausplatz von Kopenhagen. Elf Botschafter islamischer Länder forderten in einem Brief an den dänischen Ministerpräsidenten, er solle die „notwendigen Schritte“ unternehmen, um eine Schmähung des Islam zu verhindern. Rasmussen antwortete, es sei nicht seine Aufgabe, Journalisten zu maßregeln, und weigerte sich, die empörten Botschafter zu einem Gespräch zu empfangen. Worauf Ägyptens Außenminister die Arabische Liga und die Organization of the Islamic Conference (OIC) dazu bewog, sich einzuschalten. Was die OIC wollte, hatte sie schon 1990 in einer „Deklaration der Menschenrechte im Islam“ verkündet: „Alle haben das Recht, ihre Meinung frei auf eine Weise auszudrücken, die der Scharia nicht zuwiderläuft.“ Die westlichen Staaten sollten genötigt werden, ihre Form der Meinungsfreiheit der Scharia anzupassen.

Dann reiste eine Delegation dänischer Muslime in die muslimische Welt, im Gepäck eine Dokumentation mit den zwölf Karikaturen aus „Jyllands-Posten“, dazu drei weitere Zeichnungen, die ein paar Zacken schärfer waren: der Prophet als pädophiler Teufel, mit Schweineohren und beim Sex mit einem Hund. Woher das Bonusmaterial stammte und wie es in die Dokumentation geraten war, ist bis heute ungeklärt. Irgendjemand muss ein wenig nachgeholfen haben, um die Reaktionen zu optimieren. Prompt schrieben die Zeitungen in den arabischen Ländern, dänische Medien hätten Mohammed als Schwein dargestellt, die Rede war von 120 Zeichnungen und davon, dass die dänische Regierung hinter allem stecke.

Am 30. Januar 2006 trafen sich die Außenminister der EU in Brüssel, um über die Krise zu beraten. Einige waren der Meinung, Dänemark habe die Gelegenheit, den Konflikt selbst zu lösen, verpasst; der luxemburgische Außenminister sprach nicht nur für sein Land, als er erklärte, die ganze Sache sei „eher ein dänisches als ein europäisches Problem“; die österreichische Außenministerin ging noch weiter: „Äußerungen und Handlungen, die eine Religion auf anstößige Weise herabsetzen, sollten klar verurteilt werden.“ Auch die USA ließen ihren dänischen Verbündeten im Stich. Im Laufe eines einzigen Tages gebrauchten drei

Sprecher des State Department Adjektive wie „inakzeptabel“, „verletzend“ und „anstößig“. Die Botschaft kam bei den Muslimen an.

Der 3. Februar 2006 wurde zum „Tag des Zorns“ ausgerufen. Überall, wo Muslime leben, waren die Mohammed-Karikaturen Thema der Freitagsgebete. Millionen Muslime, die nicht einmal wissen, wo Dänemark liegt, demonstrierten gegen die Kränkung des Propheten, angefeuert von Imamen, die eine eigene Agenda hatten. In Damaskus wurden die Botschaften Dänemarks und Norwegens angezündet, in Beirut brannte die dänische Botschaft, in Teheran flogen Brandbomben in die dänische Vertretung, in Nigeria wurden dänische und norwegische Fahnen verbrannt, ebenso in Algerien.

Wäre früher der Angriff auf eine Botschaft noch ein Kriegsgrund gewesen, so bemühten sich nun die betroffenen Staaten um „Deeskalation“. Die Opfer übten sich in Demut und baten die Täter um Nachsicht. Nur nicht weiter provozieren, die Irren könnten böse werden!

Der Karikaturenstreit war objektiv ein Sturm im Wasserglas, subjektiv eine Machtdemonstration und im Kontext des „Kampfes der Kulturen“ eine Probe für den Ernstfall. Die Muslime haben bewiesen, wie schnell und effektiv sie Massen mobilisieren können, und der freie Westen hat gezeigt, dass er der islamischen Offensive nichts entgegenzusetzen hat – außer Angst, Feigheit und der Sorge um seine Handelsbilanz. Nun wissen die Islamisten, dass sie es mit einem Papiertiger zu tun haben, dessen Gebrüll nur vom Band kommt.

So verschieden die Reaktionen des Westens auf die muslimischen Proteste im Detail auch ausfielen, allen gemeinsam war, dass sie dem Gefühl der Macht- und Hilflosigkeit entsprangen. Kritische Geister, die gestern noch mit Marx der Meinung waren, Religion sei Opium fürs Volk, fanden plötzlich, man müsse doch Rücksicht nehmen auf religiöse Empfindungen, vor allem wenn sie von Gewaltakten begleitet werden. Die Repräsentanten der offenen Gesellschaft reagierten wie Insulaner, die von einem Hurrikan bedroht werden. Da sie gegen die Macht der Natur nichts ausrichten können, bunkern sie Vorräte, nageln Fenster und Türen zu und hoffen, dass der Sturm bald vorbei sein möge. Freilich: Was bei einer Naturkatastrophe die einzig richtige Option ist, führt bei einer Auseinandersetzung mit Fundamentalisten nur dazu, dass diese immer entschlossener auftreten, weil sie auf keinen Widerstand treffen. Völlig zu Recht halten die muslimischen Fundamentalisten den Westen für schwach, dekadent und nicht einmal bedingt abwehrbereit.

REDUX PICTURES / LAIF

Feiernde US-Studenten: *„Provokationen unterlassen“*

Wer als Reaktion auf Geiselentführungen und Enthauptungen, auf Massaker an Andersgläubigen, auf Ausbrüche kollektiver Hysterie mit der Forderung nach einem „Dialog der Kulturen“ reagiert, der hat es nicht besser verdient.

„Der Westen sollte alle Provokationen unterlassen, die Gefühle von Erniedrigung und Demütigung hervorrufen“, plädierte der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, „wir sollten die kulturelle Identität der islamischen Länder mehr achten … Für die Muslime ist es wichtig, als ebenbürtig anerkannt und gewürdigt zu werden.“ Was die islamischen Völker brauchten, wäre „eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe“.

Wie das aussehen könnte, sagte Richter nicht. Sollen, um auf gleiche Augenhöhe zu kommen, eigene Abteile für Frauen in Bussen eingerichtet werden, wie das in Saudi-Arabien der Brauch ist? Sollte das Heiratsalter für Mädchen auf zwölf Jahre gesenkt werden, wie es in Iran der Fall ist? Oder für Ehebruch die Todesstrafe durch Steinigen eingeführt werden, wie es die Scharia verlangt? Was könnte der Westen noch unternehmen, um seinen Respekt vor der kulturellen Identität der islamischen Länder zu bekunden? Würde es reichen, Horst-Eberhard Richter von Fall zu Fall darüber entscheiden zu lassen, ob der Tatbestand der Provokation erfüllt ist, zum Beispiel dann, wenn in Herne ein Wet-T-Shirt-Contest stattfindet, durch den sich gläubige Muslime in Haiderabad erniedrigt und gedemütigt fühlen könnten?

Die Diskussion darüber, welche Provokationen WIR unterlassen sollten, damit SIE sich nicht gekränkt fühlen, führt zwangsläufig in das Reich des Absurden.

Dürfen fromme Juden von Nichtjuden den Verzicht auf Schweinefleisch verlangen? Und mit Sanktionen drohen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt wird? Darf ein Hindu in Indien Amok laufen, weil die Niederländer die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Kuh nicht anerkennen? Wer Muslimen das Recht einräumt, sich darüber zu empören, dass die Dänen sich nicht an ein islamisches Verbot halten, von dem nicht einmal feststeht, dass es tatsächlich existiert, muss solche Fragen mit einem klaren Ja beantworten. Und schließlich auch Analphabeten erlauben, Buchhandlungen zu verwüsten, denn in einer Welt, in der sich jeder gekränkt und gedemütigt fühlen darf, darf auch jeder entscheiden, welche Provokation er nicht hinnehmen mag.

Wie weit Realitätsverweigerung gehen kann, machte u. a. das „Wort zum Sonntag“ vom 11. 2. 2006 klar, gesprochen von Burkhard Müller. „Der Islam ist eine großartige Religion“, sagte der Gottesmann, Minuten nachdem in den „Tagesthemen“ brennende Fahnen, verwüstete Botschaften und „Tod den Ungläubigen“ schreiende Gotteskrieger zu sehen waren. Woher kommt die Entschlossenheit, Tatsachen zu leugnen oder sie so zurechtzubiegen, dass sie den Blick auf die Wirklichkeit versperren?

Aus Angst. Angst mag ein schlechter Ratgeber sein, aber als Mittel der Massenerziehung gibt es nichts Besseres. „Bestrafe einen, erziehe hundert“, hat schon Mao gesagt und mit Hilfe dieser Regel seine Macht konstituiert.

Es ist nicht der Respekt vor anderen Kulturen, der das Verhalten der Menschen bestimmt, sondern das Wissen um die Rücksichtslosigkeit der Fanatiker, mit denen man es zu tun hat. Je wilder und brutaler sie auftreten, umso eher verschaffen sie sich Gehör und Respekt. Ob es sich um eine Gang aus dem Nachbarviertel handelt oder um eine fremde Kultur, spielt dabei keine Rolle, man geht dem Ärger lieber aus dem Weg.

„Der Terror wird heute ja nicht um seiner selbst Willen ausgeübt, sondern im Namen einer Ideologie, die man Nazi-Islamismus nennen könnte“, urteilt der rumänisch-amerikanische Schriftsteller Norman Manea, der einzige Unterschied sei der, „dass diese Ideologie sich auf eine Religion beruft, die Nazis dagegen waren mythisch, ohne religiös zu sein“. Manea spricht von einem „Dritten Weltkrieg“, der bereits begonnen habe. „Die Europäer zögern – wie schon in den dreißiger Jahren – die Wahrnehmung hinaus, welch ungeheure Tragödie sie erwartet, ja eigentlich schon da ist.“

Das klingt nach einer maßlosen Übertreibung, nach Jüngstem Tag, Apocalypse now! Freilich konnte sich auch 1938 kaum jemand vorstellen, wohin die Appeasement-Politik gegenüber den Nazis führen würde. Geschichte wiederholt sich nicht, aber es gibt Parallelen, die nichts Gutes verheißen. Die Bereitschaft zur Selbsttäuschung und zum Selbstbetrug ist heute so verbreitet, wie sie es damals war.

Ende Juni 2006 meldeten alle deutschen Zeitungen eine Sensation – die Hamas sei zu einer Anerkennung Israels bereit. Grundlage der Meldung war nicht etwa eine verbindliche Erklärung des

regierenden Hamas-Ministerpräsidenten oder ein Beschluss des palästinensischen Parlaments, sondern ein „Dokument“, das in israelischer Haft einsitzende Palästinenser erarbeitet hatten, um die „nationale Einheit“ zwischen den sich bekämpfenden Gruppen von der Hamas und der Fatah wiederherzustellen. „Hamas erkennt Israel indirekt an“, titelte die „Welt“. „Hamas will Israel offenbar anerkennen“, las man in der „Süddeutschen Zeitung“. „Die Hamas lenkt ein – Indirekte Anerkennung Israels“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“. „Hamas: Israel existiert … irgendwie“, sinnierte die „Tageszeitung“. „Anerkennung Israels mitten in der Krise“, freute sich die „Frankfurter Rundschau“, die Jerusalemer Korrespondentin des Blattes sprach von einem „Manifest für einen Staat in den Grenzen von 1967, was sich als indirekte Anerkennung Israels verstehen lässt“. Noch weiter ging die „Berliner Zeitung“: „Hamas erkennt Israel an“, im dazugehörigen Kommentar war von einer „Einsicht in die Notwendigkeit“ die Rede und davon, dass die Hamas sich „mit Israels Existenz“ abfindet und eine „Zwei-Staaten-Lösung“ akzeptiert.

Zumindest die letzte Unterstellung war nicht ganz aus der Luft gegriffen. Die Hamas zeigte sich bereit, zwei palästinensische Staaten zu akzeptieren, einen in den seit 1967 besetzten Gebieten und einen auf dem Gebiet Israels in den Grenzen von 1967. Eine „Anerkennung“ des zionistischen Gebildes, wie „indirekt“ sie auch erfolgen sollte, wurde in dem „Dokument der Gefangenen“ nicht einmal angedeutet. Sie existierte nur in der Phantasie der Kommentatoren. Zum Glück waren es verschiedene Sprecher der Hamas, die bald darauf Klarheit herstellten: Die Hamas denke nicht daran, Israel anzuerkennen, weder direkt noch indirekt, sie sei zudem entschlossen, den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas fortzusetzen.

Das Wunschdenken der Europäer entspringt ihrem Bedürfnis, Konflikten aus dem Weg zu gehen, verbunden mit einem starken Selbsterhaltungstrieb. Sie nehmen die Wirklichkeit wahr, aber nur selektiv.

UPI / GAMMA / STUDIO X

Irans Präsident Ahmadinedschad: *„Welt ohne Zionismus“*

Das Berliner Büro der „Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ hat ein Papier veröffentlicht, in dem die Folgen eines amerikanischen Atomschlags gegen Iran beschrieben werden: Mehr als zwei Millionen Menschen würden in den ersten 48 Stunden sterben, eine Million würde schwere Verletzungen erleiden. Zehn Millionen würden verstrahlt. Nur eine Frage wurde in dem Papier weder gestellt noch beantwortet: Was wären die Folgeschäden eines iranischen Atomschlags, sobald das Land in der Lage wäre, die A-Bombe herzustellen und einzusetzen?

Diese Frage will man sich nicht stellen, und das hat einen guten Grund: weil niemand weiß, wie man einen iranischen Atomschlag verhindern, wie man überhaupt auf die Politik der Iraner Einfluss nehmen könnte. Während im Falle der amerikanischen Regierung eine sehr kleine, aber doch reale Möglichkeit besteht, sie durch öffentlichen Druck in die eine oder andere Richtung bewegen zu können. Das wissen auch die Friedensfreunde, deren Demonstrationen sich gegen Amerikas Pläne, Iran anzugreifen, richten und nicht gegen die Atompolitik der Mullahs. Sie sind nicht auf einem Auge blind, wie ihnen oft vorgeworfen wird, im Gegenteil, sie haben einen klaren Blick auf das ganze Geschehen. Und sie freuen sich wie Kinder, die in einem Schokoladenei eine Überraschung finden. „Friedenssignal aus Teheran“, frohlockte die „Berliner Zeitung“ Anfang Juni, als Iran einen der vielen Kompromissvorschläge der EU nicht gleich zurückwies, sondern erklärte, man werde ihn „ernsthaft in Betracht ziehen“.

In einer Situation, die aussichtslos ist, in der man nichts machen kann, bringt es Erleichterung, sich wenigstens etwas vorzumachen.

Eine andere Option ist „Wandel durch Anbiederung“. Oskar Lafontaine, immerhin einmal Vorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD, hat „Schnittmengen zwischen linker Politik und islamischer Religion“ ausgemacht. In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ sagte er: „Der Islam setzt auf die Gemeinschaft, damit steht er im Widerspruch zum übersteigerten Individualismus, dessen Konzeption im Westen zu scheitern droht. Der zweite Berührungspunkt ist, dass der gläubige Muslim verpflichtet ist, zu teilen. Die Linke will ebenso, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft. Zum Dritten: Im Islam spielt das Zinsverbot noch eine Rolle, wie früher auch im Christentum. In einer Zeit, in der ganze Volkswirtschaften in die Krise stürzen, weil die Renditevorstellungen völlig absurd geworden sind, gibt es Grund für einen von der Linken zu führenden Dialog mit der islamisch geprägten Welt.“

Lafontaine forderte den Westen zur Selbstkritik auf („Wir müssen uns immer fragen, mit welchen Augen die Muslime uns sehen“) und äußerte Verständnis für die „Empörung“ der Muslime: „Die Menschen in den islamischen Ländern haben viele Demütigungen erfahren – eine der letzten ist der Irak-Krieg. Es geht um den Rohstoff-Imperialismus.“

Lafontaine ließ bei seinen Schnittmengenbetrachtungen einen wichtigen Punkt unbeachtet: wie lange er es ohne seinen geliebten Sancerre aushalten würde, wenn es wirklich zu einer Vereinigung von linker Politik und islamischer Religion käme. Der Dialog, den er mit der islamisch geprägten Welt führen wollte, hätte bei Fruchtsaft und Mineralwasser stattfinden müssen. „If you can’t beat them – join them!“

Dabei sind alle Ereignisse der letzten Wochen nur ein Vorgeschmack auf etwas Größeres, das noch keinen Namen hat. Wenn es vorbei ist, werden sich die Davongekommenen fragen: Warum haben wir die Zeichen an der Wand nicht sehen wollen, als es noch Zeit war? Wenn der Protest gegen ein paar harmlose Karikaturen die freie Welt dazu bringt, vor der Gewalt zu kapitulieren, wie wird diese freie Welt reagieren, wenn es um etwas wirklich Relevantes geht? Schon jetzt ist es kaum zu vermitteln, dass Israel nicht gegen ein paar Freischärler kämpft, sondern seine Existenz gegen einen Angriff aus Iran verteidigt, dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad den ersten Schritt getan hat, um seine Forderung nach einer „Welt ohne Zionismus“ in die Tat umzusetzen, worauf auch denjenigen Europäern, die es mit Israel gut meinen, nur das milde Prädikat „inakzeptabel“ einfiel. Wie würden sie reagieren, wäre Iran in der Lage, seine Forderungen mit Atomwaffen zu bekräftigen?

Vor über 30 Jahren, 1972, hatte der dänische Anwalt und Hobby-Politiker Mogens Glistrup eine Idee, die ihn über Nacht berühmt machte. Um Steuern zu sparen, sollte die dänische Armee aufgelöst und im Verteidigungsministerium ein Anrufbeantworter geschaltet werden: „Wir kapitulieren!“ So eine Maßnahme würde nicht nur Geld sparen, sondern im Ernstfall auch Menschenleben retten. Mit diesem „Programm“ wurde Glistrups Fortschrittspartei bei den Wahlen 1973 zur zweitstärksten Fraktion im dänischen Parlament.

Glistrup hatte den richtigen Einfall, nur viele Jahre zu früh. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, den Anrufbeantworter zu aktivieren.

Auszüge aus Henryk M. Broders Buch „Hurra, wir kapitulieren!“. Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin; 144 Seiten; 16 Euro.